Saarbrücker Zeitung

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

1872 — DESPAT ATQUE FOVET

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarbrücken, Kl. Markt 1. Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. Fernsprecher 10 u. 82. Postkasch 30.

Monatlich 2 Ausgaben: Durch Agenten und Post Fr. 11.50 Zeilenpreis: Textgebühren 40 mm-Zeile 0.45 Fr. Deutschland 20 Pfg. Auslände Inserate 50 Cts.

Nr. 35. Saarlouis, Samstag, den 12. Februar 1927. 56. Jahrgang.

Chamberlain zu Englands Chinapolitik.

Die Rede des englischen Außenministers im Parlament.

London, 11. Febr. Chamberlain hat gestern im Unterhaus die angekündigte Erklärung über die englische Chinapolitik ab. Nur der Kriegszustand war das Kabinett zu einer Berathung zusammengetreten. Chamberlain sprach, daß die Arbeiterpartei die bereits angekündigte Resolution bei der Fortsetzung der zweiten Chinadebatte verlesen. Chamberlain erklärte in seiner Rede u. a., der englische Gesichtspunkt in Hinsicht auf eine Verstärkung der englischen Truppen in Schanghai sei unverändert geblieben. Es handle sich um die Sicherheit der Leben, um das Leben der Engländer zu sichern. England beabsichtigt sich in einer ganz besonderen Lage. Seit zwei Jahren arbeiteten die englischen Kräfte in der Richtung der Einheit. Die englische Regierung könne nicht warten, bis die Gesetze von der Tage Seite die Regierung sei bereit, die von Cantonland und China vorgeschlagene Revision der ungleichgeltig mütze sie aber das Recht für sich in Anspruch nehmen, Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Die englischen Truppen seien in der Minderheit und könnten nicht ohne Hilfe aus der Stadt Schanghai sich verlassen, während die englische Regierung fortfahren werde, sich im chinesischen Bürgerkrieg neutral zu verhalten. Zum Schluß Chamberlain sagte, daß die englisch-chinesischen Beziehungen in Bezug von Chamberlain vom Oktober an Tiefen unternehmen werden seien. Diese Anfrage wurde vom Parlament mit Jubel angenommen.

Chamberlain fuhr dann ausführlich, wie die Kontrolle der Konzessionen von jetzt ab stattfinden werde. Die Konzession soll an die englische Verwaltung zurückgegeben werden. Demnach haben alle die Konzessionen den Engländern zustehende Zugehörigkeit genommen. Der Reichsminister Tigte bezog, er hatte jetzt den Frieden für gesichert.

Nach Chamberlain teilte Bethmann mit, er schätze die Kosten der Chinaexpedition auf 650 000 Pfund Sterling.

Erklärung Briands über China.

Paris, 11. Febr. Briand beantwortete gestern der Kammer eine Anfrage des kommunistischen Abgeordneten Cachin über die französische Chinapolitik, in der Anlehnung bestehe, verlangt wurde, ob die französische Regierung sich entschlossen habe, die Kanonenboote zurückzuziehen und mit den Westmächten der Kontrolleure zu verhandeln, sowie auf die Konzessionsangelegenheiten in China zu verzichten oder ob sie sich den britischen Forderungen anzuschließen gedenke. Briand erklärte, Frankreich ist im innerchinesischen Konflikt neutral geblieben und hat eine abwartende Haltung eingenommen und allein gewen um ihre Interessen sicherzustellen. Die französische Regierung hat nicht den Wunsch, die chinesische Bevölkerung zu provozieren und ihren Ausschließlichkeitsbestrebungen ein Hindernis in den Weg zu stellen oder sich gar an den militärischen Operationen zu beteiligen. Wie weit es unter Frankreich aber den den chinesischen Revolutionären Achtung vor dem Leben und Eigentum der Europäer

Streiflichter.

Dr. G. Saarlouis, 12. Febr.

Das Verhältnis der Zentrumspartei zu Dr. Wirth beschäftigt schon länger als eine Woche die gesamte deutsche und auch einen Teil der ausländischen Presse. Am Sonntag tritt der Parteivorstand des Zentrums in Berlin zusammen. Bei dieser Gelegenheit wird man sich mit dem „Fall" des Herrn Dr. Wirth zu beschäftigen haben. d. h. die Partei wird sich zu Stellung nehmen, daß Wirth bei der Abstimmung über die neue Regierung als Zentrumsmann gegen die Regierung stimmte, obschon der Kanzler Zentrumsmitglied ist. Mittlerweile, wohl mit Absicht, hat Dr. Wirth in der von ihm redigierten Zeitschrift „Deutsche Republik" eine Aufsehenerregung feines Verhaltens gemacht: Wirth hat in folgende prinzipielle Ausführungen gemacht:

„Jedermann ist bekannt, daß ich in den letzten Jahren die republikanische Bewegung in Deutschland stets recht beeinflußt habe. In zahlreichen Versammlungen werfen meine Mitbürger Tausende Republikaner. Ich will die Tatsache gar nicht verschweigen, daß ich in Über, Gestalt und Zukunft des deutschen Volkes und Staates, des Vaterlandes, der deutschen Republik entwickelt habe. Mit diesen Ueberzeugungen stehe ich für ja ihrem Stand. Ist und Richtung des Staates waren bisher nicht immer die Ziele und Wege. Ich teilte die republikanische Bewegung über das Parteiwohl. Ich machte, ich beschwor die Demokraten, die Sozialdemokraten, die Zentrumsleute, die Liberalen, Herr, auch dann, wenn es notwendig ist, Parteiprogramme durch die Pflicht der Gegenwart zu überholen. Programm ist lebendig, wenn es in Leben und Wirken bleibt. Mit mir kann man zunächst, dieser Kontrollstelle gehaltet und geführten republikanischen Bewegung unterm zu gehen, wenn sich in einer Regierung, die die Republik bejaht, die Republik bejahen, die Republik bejahen sollen, Männer befinden, die hiesem Staat unerhaltbar fremd gegenüberstehen? Nicht etwa deshalb nur, weil ihnen Fergl und Kapp lieb waren, nicht weil sie ihnen gesagt haben aber, weil herr v. Keudell beim Kapp-Putsch eine nicht zu rechtfertigende Haltung eingenommen hat, behaupten die Sozialdemokraten, daß sie nicht mehr mit ihm zusammen arbeiten können. Ich will mich als ein schiedlicher Republikaner unmöglich ist, dieser Regierung mein Vertrauen zu geben und durch meine Vorkam Rücktrittsgesuch zu bekunden, daß ich mit Bestimmtheit zum Schutze der Republik in der Regierung zu verhaften."

Selbstverständlich wird der Reichspartei-Vorstand den Wirth vor Gericht zu verfehlen Brandschöffen. Dr. Wirth Meinung trugen und sie nachgeben. Anderseits jedoch gilt für Dr. Wirth die Parteidisziplin genau so wie für jeden anderen Parteiangehörenden. Eine so größere Rolle ein Parteigenosse vermutlich spielt, um so weniger wird er beachtet und wenn wohl nur so sich von den guten Beispielen wirkt die Wichtigkeit der Partei beachten. Nach unserer Ansicht, leidet die weiter Wirkungen bei zur Zeit über Stresemann Ausführung Dr. Wirthes, kann es ihm nicht ohne weiteres verzeihen werden, in einer sehr wichtigen Abstimmung der Partei gegenüber gewissermaßen untreu gewesen zu sein. Die Partei kann das schon aus Prinzip nicht dulden. Dr. Wirth nimmt nicht nur Anstoß daran, daß die deutschnationale Partei als solche an der Regierung beteiligt ist, sondern er hält sich auch an einzelnen Personen des Kabinetts. Er weiß, daß er gegen Freiheitsgefühl verfehlen hat, einzelnes aber auch nicht, daß man ihn entschlossen hat, daß er sich der Fraktion des Zentrums parlamentarischer Reichstagsabgeordneter Joos in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung" über Wirth:

„Er hat um das „Wie" ehrlich mit sich selber gerungen. Gewissenhaft hat er das „Für und Wider" abgewogen. Wie können diese innersten Bemerkungen wird und können und kein Wortwirkt über sie erlauben. Dr. Wirth selbst wird wohl verstehen können, daß diese unglaublich kleinen und nicht verfassen.

Die letzten Wochen haben ihm Verzeihlich und sorglich sicher gegeben und wird es so sich für eine kleine Zeit gewährsleisten. Er denkt nicht daran, der Deutschen Partei in gerechtesten Schwierigkeiten zu machen. Diese Sachlage und die verständnisvolle richtige Haltung der Wirth unserer Parteifreunde ermöglicht, in viel mehr daß eine Stellungnahme daher neuen Zeilen Wirth, in einer Art, die der Geschäftsführer der Partei bleiben sein kann, ohne unnötige Belastungsproben. Es ist jetzt so einfach, den Stab über den zu brechen, der offen gegen die Fraktionsdisziplin verstoßen hat. Diejenigen aber, die Lust dazu haben, mögen nach einem Augenblick Ausschau halten, wo die Dr. Wirth im Konflikt zwischen Partei und Partei für die Partei und für das deutsche Volk Politiker geleistet und was man ihm zu verdanken hat. Es rechtes Zeit erkennen der heftige Wortschatz Wirth. Wir wollen

Coolidges Abrüstungsbotschaft.

Die amerikanische Politik auf die Erhaltung des Weltfriedens eingestellt.

Sozialdemokratische Protestkundgebung gegen die Regierung.

Belgien fordert die Rheinlandräumung.

Washington, 11. Febr. Präsident Coolidge hat an den Kongreß eine Botschaft gerichtet, in der von einer an die Mächte gerichteten Note Mitteilung gemacht wird, die den Vorschlag enthält, die Delegierten auf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz zu bevollmächtigen, ein Abkommen über weitere Abrüstungsbestimmungen zu der Abrüstungsbotschaft. Das Abkommen sollte eine Ergänzung zum Washingtoner Abkommen über die Flotte bilden und sich auf Schlachtschiffen beziehen, die von dem genannten Vertrag nicht berührt werden. In der Botschaft wird erklärt, daß die amerikanische Politik auf die Erhaltung des Weltfriedens eingestellt sei. Der Wiederaufbau ist eine gesetzliche Ursache künftiger Kriege. Die Bestimmungen des Washingtoner Vertrages müßten nach der Auffassung der amerikanischen Regierung erzeugt werden und zwar durch weitere Vereinbarungen über Kreuzer, Zerstörer und U-Boote. Verhandlungen über Unterbindung der Wettrüstungen in Kreuzern, Zerstörern und U-Booten müßten sobald wie möglich begonnen werden. Der Nagendst erscheine besonders geeignet, den Versuch zu machen, eine weitere Einschränkung der Rüstungen in Uebereinstimmung mit dem ausgesprochenen Willen des Kongresses zu leisten und mit weit regionale Vereinbarungen anzuterben, die sich auf Gebiete beziehen, innerhalb deren die Land- und Luftstützungen eine Bedrohung für andere Nationen darstellen können.

Die Problemen der Land- und Luftrüstung seien in Europa sehr schwierig zu lösen und die Amerikaner können keine Vorschläge unterbreiten. Das Problem der Einschränkung der Geschützungen könne eine Lösung nicht durch regionale Vereinbarungen erhalten, es müsse durch Verhandlungen unter den fünf führenden Seemächten einer Lösung entgegengeführt werden. Zum Schlusse heißt es in der Botschaft: Die Vereinigten Staaten Vertreter in Genf fortfahren wird, mit den Vertretern der anderen Nationen über das Problem in einer Konferenz für eine allgemeine Rüstungsbeschränkung zu beraten. Vorher müsse das Problem der Geschützungen gelöst werden, damit eine allgemeine Abrüstung möglich werde.

Zu Regierungsräten verlautet, daß Coolidge eine weitere Botschaft an den Kongreß vorbereite, in der wichtige politische Erklärungen abgegeben werden sollen.

Am Donnerstag empfing Briand den amerikanischen Botschafter in Paris, der ihm eine Note überreichte, in der Frankreich zu einer Sonderbesprechungsreise eingeladen wird. Am Quai d'Orsay erfährt man, daß die französische Regierung diese Note einer Prüfung unterziehen werde.

London, 11. Febr. Beim Foreign Office ist ein Memorandum Coolidges eingetroffen, das zu Beginn des Januar über eine weitere Abrüstungsbeschränkung der Kriegsflotte einhält. Der Vorschlag Coolidges richtet sich zunächst an die drei Hauptmächte und zwar an Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan und die Vereinigten Staaten. Das für Schlachtschiffe im Washingtoner Vertrag festgesetzte Verhältnis von 5:5 für England, die beiden einzigen Staaten und Japan soll auch auf die von dem Abkommen nicht erfaßten Kriegsschiffklassen, also in erster Linie auf die kleinen Kreuzer ausgedehnt werden. Italien und Frankreich soll auf der kommenden Konferenz eine besondere Quote für diese Schiffe erhalten. Die Bestimmungen des Washingtoner Abkommens über Schlachtschiffe soll nicht verändert werden.

Sozialdemokratische Protestkundgebung gegen die Regierung.

Berlin, 11. Febr. Im Sportpalast fand gestern eine Protestversammlung der sozialdemokratischen Parteigegenden Berlin gegen die Regierung Wirth und Reichsrat statt. Der Saal war überfüllt und die Stimmung soll gut gewesen sein. Unter den zahlreichen Rednern sprach auch der Abg. Dr. Breitscheid. Die Deutschnationalen Kräfte, so führte Breitscheid aus, seien in diese Regierung nicht hineingedrängt und hätten nicht die sozialdemokratischen Chefs der letzten Wahl so gefeiert, wenn jetzt außen- und innerpolitisch derselbe Kurs weiter geführt und die Koalitionsfähigkeit der deutschen Politik unterbrochen worden wäre. Die Sozialdemokratie hat bisher verfolgen zu können, aber gerade Marx sei nicht der Mann, der sich gegen über den schnatternden Minister durchsetzen könne. Die Sozialdemokratie wird sich gegen die Regierung unter keinen Umständen ihrer Verantwortung entziehen.

Forderung Belgiens nach früherer Räumung des Rheinlandes.

Luxemburg, 11. Febr. Nach einer Brüsseler Meldung verkündet die belgische Presse den Vorschlag, eine frühere Räumung des Rheinlandes durch Belgien von einer Einigung in der Frage des Anteiles der deutschen Markbeträge abhängig zu machen. Ueber die Anteilsoperation muß nicht in der belgischen Kammer eine Interpellation eingebracht werden.